

07.04.2014 - 20:55 Uhr

Staatliches Rettungspaket; Kommentar zu LafargeHolcim von Walther Becker

Frankfurt (ots) -

Immer wieder haben sie es versucht und einige Male sind sie aufgefliegen: Die Baustoffhersteller von "homogenen Massengütern" haben an die Wettbewerbshüter so einiges für Sünden in der Vergangenheit abdrücken müssen. Jetzt geht es den beiden Weltmarktführern um ein legalisiertes Kartell, unterlegt mit gesellschaftsrechtlicher Verflechtung. Ausgerechnet die Bemühungen der Wettbewerbshüter führen nun dazu, dass ein weltweit führender Konzern entsteht, der keine plumpen Preisabsprachen mehr benötigt, um seine Position zu zementieren, und der alle Wettbewerber in der von Überkapazitäten gebeutelten Branche weit in den Schatten stellen wird.

Sie stehen vor einem Megadeal, größer als alles, was sich zur Hochzeit der kreditfinanzierten Übernahmen auch in dieser bodenständigen Branche um 2007 herum getan hat. Glaubt man den Protagonisten in Zürich und Paris, dann entsteht der "fortschrittlichste Konzern der Baustoffbranche" über eine Fusion unter Gleichen. Wenn die Nummer 1 und 2 einer Branche zusammengehen, dann sieht das nicht nach einem von Wachstum getriebenen Angriffspakt aus, sondern nach Notoperation. Beide Rivalen leiden unter der Wirtschaftskrise und anziehenden Energiepreisen. Nun treten sie die Flucht nach vorne an.

Um nicht an der Aufsicht zu scheitern, bieten sie von sich aus an, sich von einem Umsatz von etwa 6 Mrd. Euro, zwei Drittel davon in westlichen Industrieländern, und einem operativen Ergebnis (Ebitda) um die 700 Mill. Euro zu trennen. Wer solche Beträge anbietet, weiß, dass er mit wesentlich größeren Verkäufen rechnen muss.

Dutzende von Kartellbehörden überall auf dem Globus werden den Deal unter die Lupe nehmen. Vor allem in Europa, wo die Schweizer auf 28% Marktanteil kommen und die Franzosen auf 29%, aber auch in Nordamerika, wo sich Lafarge 21% des Kuchens herausschneidet und Holcim 16%, dürfte es kritisch werden. Der avisierte Verkauf von Vermögensteilen soll indessen helfen, die Nettoschulden von kombiniert 20 Mrd. Euro zu reduzieren.

Stimmen die - staatlich dominierten - Kartellbehörden der transformierenden Transaktion zu, dann ist diese Fusion nichts anderes als ein staatliches Rettungspaket für zwei Unternehmen in einem von Überkapazitäten belasteten Markt. Immerhin ohne Einsatz von Steuergeldern. Doch für Kunden und Wettbewerb ist das Monopoly keine gute Botschaft. Dass die Investoren Beifall klatschen, wundert dagegen nicht. Die Aktien waren auf die Hälfte des Niveaus gesunken, das sie zu Zeiten des M & A-Booms hatten.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100754202> abgerufen werden.